

Kurzprotokoll der Oktobersession 1997

- [Uebersicht](#)
- [Finanz- und Investitionsvorlagen](#)
- [Rechtsetzung](#)
- [Planungsvorlage](#)
- [Wahl](#)
- [Rücktritte](#)
- [Motionen](#)
- [Postulate](#)
- [Interpellationen](#)
- [Einfache Anfrage](#)

Uebersicht

Am Montag nachmittag und am Dienstag, dem 20. und 21. Oktober 1997, fand unter dem Vorsitz von Josef Wermelinger, Hitzkirch, eine Session des Grossen Rates statt.

Hauptgeschäfte der Session waren der Staatsvoranschlag für das Jahr 1998 und der Finanzplan 1998–2002, die der Grosse Rat zur Überarbeitung an den Regierungsrat zurückwies. Der Grosse Rat führte ferner die Eintretensdebatte zum Entwurf eines Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung, genehmigte zwei Geschäftsberichte, nahm Kenntnis von zwei weiteren Geschäftsberichten sowie einem Planungsbericht und bestellte Spezialkommissionen zur Vorberatung eines Gesetzesentwurfs und eines Dekrets.

Der Grosse Rat wählte weiter ein neues Mitglied der Schätzungskommission und behandelte 14 parlamentarische Vorstösse. Eröffnet wurde der Eingang einer Petition, die der Petitionskommission (Vorsitz: Alex Bruckert, Luzern) zur Vorberatung zugewiesen wurde, und von 22 parlamentarischen Vorstössen. Die für einen Vorstoss beantragte dringliche Behandlung wurde vom Postulanten später zurückgezogen. Der Rat beschloss ferner, wegen der grossen Zahl der Geschäfte die Märzsession 1998 um Fortsetzungssitzungen am 6. und 7. April 1998 zu verlängern.

Von den 32 traktandierten Geschäften konnten 8 parlamentarische Vorstösse nicht behandelt werden.

Finanz- und Investitionsvorlagen

Staatsvoranschlag 1998. Der Entwurf des Voranschlags des Kantons Luzern für das Jahr 1998 gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 26. August 1997 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 37 vom 13. September 1997, S. 2483) wurde nach vollzogener Eintretensdebatte (Finanzkommission unter dem Vorsitz von Martin Schällebaum, Luzern) zur Überarbeitung an den Regierungsrat zurückgewiesen. Der Grosse Rat beauftragte den Regierungsrat, rund 30 Millionen Franken zusätzlich einzusparen, und zwar je 7,5 Millionen Franken durch die lineare Kürzung von Staatsbeiträgen um 5 Prozent, durch Sparmassnahmen beim Personal, beim Sachaufwand und bei den übrigen Positionen. Der regierungsrätliche Entwurf des Staatsvoranschlags 1998 hatte ein Defizit von 48,8 Millionen Franken vorgesehen.

Finanzplan 1998–2002. Der Finanzplan des Kantons Luzern 1998–2002 gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 26. August 1997 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 37 vom 13. September 1997, S. 2482) wurde wie der Voranschlag 1998 wegen der zu hohen Defizite an den Regierungsrat zurückgewiesen (Finanzkommission unter dem Vorsitz von Martin Schällebaum, Luzern).

Technikum Luzern. Zur Vorberatung des Entwurfs eines Dekrets über die Errichtung einer Abteilung Informatik am Zentralschweizerischen Technikum Luzern gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 12. September 1997 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 40 vom 4. Oktober 1997, S. 2682) wurde eine Kommission mit 15 Mitgliedern unter dem Vorsitz von Piero Nosetti, Emmen, bestellt.

Rechtsetzung

Krankenversicherung. Zum Entwurf eines Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 27. Mai 1997 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 25 vom 21. Juni 1997, S. 1759) wurde die Eintretensdebatte geführt und mit der 1. Beratung begonnen (Kommission unter dem Vorsitz von Ida Glanzmann, Altishofen). Diese wird in der Novembersession fortgesetzt.

Gleichstellungspolitik. Zur Vorberatung von Entwürfen eines Gesetzes über die Schlichtungsstelle nach dem eidgenössischen Gleichstellungsgesetz sowie einer Änderung des Gesetzes über das Arbeitsgericht gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 9. September 1997 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 40 vom 4. Oktober 1997, S. 2681) wurde eine Kommission mit 21 Mitgliedern unter dem Vorsitz von Guido Graf, Pfaffnau, bestellt.

Planungsvorlage

Schallschutz. Der Planungsbericht über Schallschutzmassnahmen an Strassen mit Alarmwertüberschreitungen gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 9. Mai 1997 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 25 vom 21. Juni 1997, S. 1760) wurde zur Kenntnis genommen (Verkehrskommission unter dem Vorsitz von Franz Brun, Ruswil). Laut dem Bericht dauert die lärmtechnische Sanierung allein der Strassenabschnitte mit Alarmwertüberschreitungen mit den dem Kanton heute zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln 15 bis 20 Jahre. Die Einhaltung der gesetzlich vorgeschriebenen Sanierungsfrist von Ende März 2002 (bzw. Ende März 2007 gemäss laufender Revision der eidgenössischen Lärmschutzverordnung) ist damit nicht möglich.

Wahl

Schätzungskommission. An die Stelle des zurückgetretenen Walter Bättig, Sursee, wählte der Grosse Rat Alois Scherrer, Zell, als neues Mitglied der Schätzungskommission.

Rücktritte

Grosser Rat. Bekanntgegeben wurden die Rücktritte aus dem Grossen Rat von

- Beatrice von Holzen, Kriens, auf Ende Jahr,
- Franz-Xaver Lustenberger, Luzern, auf Ende Session.

Motionen

Abgelehnt wurden die Motionen

- M 353 von Margrit Studhalter, Horw, über eine Änderung des Kantonalbankgesetzes,
- M 310 von Edith Gasser, Kriens, über die Förderung von Investitionen im Wohnungsbau, insbesondere Renovationen von Altbauten.

Postulate

Teilweise erheblich erklärt wurde das Postulat

- P 315 von Otto Elmiger, Hochdorf, über die ersatzlose Abschaffung der Ersatzrichter an den Amtsgerichten.

Abgelehnt wurden die Postulate

- P 261 von Peter Riedwyl, Neuenkirch, über eine grosszügigere Unterstützung von Park-and-ride Anlagen,
- P 210 von Rudolf Bürgi, Luzern, über die Rechtschreibreform in den Schulen,
- P 311 von Damian Meier, Wolhusen, über eine Vereinheitlichung der Ferien an den Luzerner Schulen,
- P 358 von Louis Schelbert, Luzern, über eine breiter abgestützte Projektführung bei Luzern '99.

Zurückgezogen wurde das Postulat

- P 232 von Marcel Johann, Kriens, über ein fünfjähriges Moratorium für den Leistungsausbau und die Investitionen in den öffentlichen Spitälern, Kliniken und Institutionen.

Interpellationen

Schriftlich beantwortet wurden die Interpellationen

- I 268 von Peter Brunner, Rain, über die strategische Ausrichtung der Luzerner Kantonalbank,
- I 339 von Adrian Borgula, Luzern, über die regierungsrätliche Genehmigung des kommunalen Krienser Richtplans Schlund,
- I 338 von Rosemarie Banz, Escholzmatt, über die Streichung des Pflichtfachs Informatik am Obergymnasium des Kantons Luzern,
- I 200 von Claire Brunner, Adligenswil, über den Frauenhandel im Kanton Luzern,
- I 359 von Josef Schärli, Littau, über den Betrieb von illegalen Privatclubs,

- I 348 von Gaby Müller, Luzern, über die Androhung der Ausweisung von ausländischen Sozialhilfebezügern/-bezügern durch die Fremdenpolizei.

Einfache Anfrage

Schriftlich beantwortet wurde die Einfache Anfrage E 332 von Heidi Rothen, Luzern, über die schleichende Entwertung der City und der Altstadt von Luzern durch das Sexgewerbe.